Materialien zum Fachkongress 27

Fortschritt für die 90er:

Moderne Technik in einer humanen Arbeitswelt.

Forum 7

"Chancen industrieller Demokratie in Westeuropa"

Dr. Otto Kreye

(Starnberger Institut zur Erforschung globaler Strukturen, Entwicklungen und Krisen)

SPD

OTTO KREYE

Fachkongreß "Moderne Technik in einer humanen Arbeitswelt"
Darmstadt, 19. - 20. September 1989

Forum 7 : "Chancen industrieller Demokratie in Westeuropa"

Thesen:

Die Weltwirtschaft befindet sich in einer Phase des Umbruchs. In den strategischen Orientierungen der Unternehmen, den Hauptakteuren in der Weltwirtschaft, stehen gegenwärtig Bemühungen um Kostenminderung, Erhöhung der Flexibilität und Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit im Vordergrund. Dem dienen forcierte Rationalisierung, forcierte Globalisierung (der Aufbau globaler Netzwerke für Beschaffung, Produktion und Vermarktung), transnationale Unternehmenskooperation und die Reorganisation der Unternehmensstrukturen ("corporate restrokturing"). Viele Unternehmen haben mittlerweile wieder hohe Ertrags- und Gewinnzuwachsraten zu verzeichnen; in den meisten Wirtschaftssektoren und Branchen haben Produktivität und Effizienz sprunghaft zugenommen.

Weltweit zeichnen sich aber auch eine Reihe anderer Auswirkungen dieser Unternehmensstrategien ab:

Die transnationale Unternehmenskonzentration nimmt in bisher nicht dagewesenem Tempo zu. Eine kleiner werdende Zahl von weltweit operierenden Unternehmen kontrolliert einen schon jetzt hohen und noch immer zunehmenden Anteil an den ökonomischen Aktivitäten weltweit, so im Bereich der Produktion, der Technologie, der Märkte etc.. Während die Konkurrenz zwischen den kooperienden Unternehmen abnimmt, verschärft sie sich zwischen den Unternehmensgruppen.

Weltweit nehmen die Kapazitäten als Ergebnis von Rationalisierung, Globalisierung, Kooperation und Reorganisation zu, ohne daß diese Zunahme von einer entsprechenden Nachfragebelegung begleitet wird. Die Umverteilung der Produktion auf neue und alte Standorte setzt sich fort. Einige Produktionsstandorte in Industrie- und Entwicklungsländern verlieren, andere gewinnen an Bedeutung.

Gesamtwirtschaftlich und weltweit ist so gut wie keine Beschäftigungszunahme zu verzeichnen. Kostensenkungsstrategien zielen nicht auf die Beschäftigung von mehr, sondern von weniger Arbeitskräften. Die Arbeitslosigkeit nimmt weltweit zu. Die Ungleichheiten in der Verteilung der Einkommen innerhalb einzelner Länder als auch weltweit nehmen zu; die Gewinnquoten steigen, die Lohnquoten nehmen ab.

In einer solchen Situation ist nicht etwa weniger, sondern ein Mehr an Politik geboten. In einer solchen Situation lassen sich weitere beschäftigungs-, verteilungs- und auch umweltpolitische Fehlentwicklungen nicht durch den Verzicht auf Politik, durch De-regulierung, Privatisierung und Liberalisierung vermeiden. Ihre Verhinderung erfordert Demokratisierung auch der ökonomischen Sphäre, gleichberechtigte Beteiligung aller an den ökonomischen Entscheidungsprozessen und an der Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen.

Angesichts der gegebenen Rahmenbedingungen der Weltwirtschaft und angesichts ihrer grundlegenden Strukturen kann dies gegenwärtig nur die Durchsetzung von mehr Mitbestimmung, von erweiterten Informations-, Beratungs- und Entscheidungsrechten der Arbeitnehmer auf allen Ebenen des ökonomischen Geschehens sowohl im nationalen als auch im supranationalen regionalen oder auch weltweiten Rahmen heißen.

Im Interesse einer gesellschaftlich vernünftigen Nutzung der aktuellen und auch potentiellen ökonomischen Möglichkeiten, die die Eigendynamik der wirtschaftlichen Entwicklung als Ergebnis der Produktivitätsentwicklung entstehen lassen, sind erweiterte Informations-, Beratungs- und Mitbestimmungsrechte nicht nur in Angelegenheiten der Beschäftigungsentwicklung, der Qualifikation und sozialen Gestaltung von Technik, sondern auch in Fragen der Produktionsprogramme und der Produktlinien geboten.

Konkrete Schritte zur Durchsetzung von umfassenden Informations-, Beratungs- und Mitbestimmungsrechten könnten die Bildung von "Wirtschafts- und Sozialräten" unter Beteiligung der Gewerkschaften sowohl auf (nationaler und internationaler) betrieblicher als auch auf regionaler und sektoraler Ebene als zentrale Beratungs- und Entscheidungsgremien sein.

Die Internationalisierung des ökonomischen Geschehens, die zunehmende Integration nationaler ökonomischer Aktivitäten in die Weltwirtschaft stehen dem nicht entgegen. In besonderer Weise ergeben sich aus der sogenannten Vollendung des Europäischen Binnenmarktes Chancen für eine Demokratisierung des Wirtschaftslebens im Sinne von umfassender Mitbestimmung:

1. Die Europäische Gemeinschaft (wie auch andere regionale Wirtschaftsorganisationen) hat nicht nur den Spielraum für die (regionale) Integration des wirtschaftlichen Geschehens erweitert, sondern eben auch, was häufig vernachlässigt wird, den Spielraum für die politische Kontrolle transnationaler ökonomischer Aktivitäten.

2. Die ökonomische Integration Westeuropas hat die internationale Wettbewerbsfähigkeit europäischer und in der europäischen Gemeinschaft aktiver Unternehmen gestärkt und nicht geschwächt. Das wirtschaftliche Gewicht der Länder der Europäischen Gemeinschaft hat zugenommen. Die auf Europa gerichteten Aktivitäten spielen für viele Unternehmen eine überragende Rolle. Insofern gefährden europaweite Mitbestimmungsrechte nicht die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Im übrigen könnte die Europäische Gemeinschaft in dieser Hinsicht Zeichen setzen, weltweit zum Vorbild werden.

3. Die neunziger Jahre werden die Dekade der Sozialdemokratie in Westeuropa wie auch in anderen Regionen der Welt, z.B. in Lateinamerika, sein. Die Lösung der dringendsten globalen Probleme im Bereich von Beschäftigung, Umwelt und der Lebensbedingungen in der Dritten Welt machen eine realistische Politik der Vernunft unverzichtbar.

Schließlich ist festzustellen, daß umfassende Informations-, Beratungs- und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer auch angesichts der Verwissenschaftlichung der ökonomischen Aktivitäten im wohlverstandenen Interesse auch der Unternehmen liegen.